



Oktober 2020

Kreistag

Die letzte Kreistagssitzung brachte Grund zu großer Freude für die FDP im Landkreis Starnberg und natürlich insbesondere für die Bürger und Schüler im westlichen Teil des Landkreises: es wurde bei nur 3 Gegenstimmen beschlossen, das Gymnasium in Herrsching als überwiegenden Holzbau mit Räumen für das Lernhauskonzept und Turnhalle mit Freiluftsportanlage zu bauen. Schon vor mehr als 30 Jahren hat sich die stellvertretende Landrätin Christa Ackermann aus Herrsching für ein Gymnasium dort eingesetzt. Die FDP hat unter ihrer früheren Kreisvorsitzenden Sigrid Friedl-Lausenmeyer und mit allen Kreisräten dieses Thema weiter stark gefördert. Bereits mit Beginn des Schuljahres soll das Gymnasium ab 2023 in Betrieb gehen. Etwas getrübt wird die Freude durch die deutlich gestiegenen Kosten – der Neubau wird jetzt ca. 87 Mio. Euro erfordern, wovon ca. 10 Mio. Euro durch Staatszuschuss und knapp 8 Mio. Euro von der Gemeinde Herrsching getragen werden. Das Ende der sehr großen Schülerzahl (fast 1400 Schüler) des Gymnasiums Gilching und das Auspendeln von täglich über 500 Schülern ist also abzusehen.

Leider konnte sich der Kreistag gegen die Stimmen der FDP-Fraktion nicht entschließen, die Sitzungen zukünftig als Live-Stream im Internet zu übertragen, was gerade in Corona-Zeiten mehr Öffentlichkeit bringen könnte. 25 von 60 Kreisräten und viele Mitarbeiter der Verwaltung haben der Übertragung nicht zugestimmt. Auch ein Probetrieb, der vielleicht noch etwas zur Überzeugung der Teilnehmer beitragen könnte, wurde abgelehnt. Es gibt noch viele Hürden für eine moderne und digital-affine politische Arbeit!

Der Kreisausschuss hat entgegen der Ablehnung aus Kostengründen durch den Mobilitätsausschuss der Ausstattung ausgewählter Haltestellen der Buslinien im Landkreis mit der Digitalen Fahrgastinformation zugestimmt. Hier sind jetzt die Gemeinden am Zuge, die für Wartung und Unterhalt aufkommen und daher zustimmen müssen.

Feldafing

Der Feldafinger Gemeinderat hat einstimmig Tempo 30 in der gesamten Gemeinde mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen beschlossen. Für die Digitalisierung der Grundschule werden aus dem DigitalPakt Bayern 22 Tablets, Tastaturen usw. (Kofferlösung) angeschafft. Außerdem wurde ein jährliches Budget von 25.000 EUR zur Absenkung weiterer Bordsteinkanten eingeplant.

**Freie
Demokraten**



Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Oktober 2020

Gauting

Die von der FDP-Ratsfraktion im Rahmen eines Gemeinschaftsantrags durchgesetzte Sondersitzung zum sog. Bebauungsplan 100 (ehem. AOA Firmengelände und Gebiet an der Pötschenerstraße) brachte für das fraktionsübergreifende Antragsbündnis eine böse Überraschung. Zum Hintergrund: Zusammen mit 4 weiteren Ratsfraktionen (Grüne, SPD, MIFÜ, Mfg/Piraten) setzten wir zu Beginn der Ratsperiode einen Planungsstopp sowie eine umfassende Informationssitzung zu diesem bedeutenden städtebaulichen Entwicklungsprojekt durch. Gemeinsames Ziel war es, durch Anpassung der Planung eine orts- und quartiersverträgliche Lösung herbeizuführen, die insbesondere bei den Anwohnern mehr Akzeptanz findet. Ebenso wollten wir die Auswirkungen auf die verkehrliche und soziale Infrastruktur unserer Gemeinde stärker in den Fokus rücken. Konkret beantragten wir daher eine moderate Reduktion der Geschoßfläche für Wohnbebauung, den weitgehenden Erhalt der bestehenden innerörtlichen Gewerbefläche für Büronutzung, den Verzicht auf einen weiteren Vollsortimenter sowie die Etablierung eines Kinderbetreuungszentrums von der Krippe bis zum Hort.

Mit Erstaunen mussten wir dann zur Kenntnis nehmen, wie die Fraktion der Grünen während der Gemeinderatssitzung unseren Gemeinschaftsantrag verwarf und in das Lager der bisherigen Projektbefürworter um die Erste Bürgermeisterin Dr. Brigitte Kössinger (CSU) wechselte. Für ein wenig „grünen Anstrich“ als Gegenleistung (Mobilitätskonzept & Reduktion des Stellplatzschlüssels auf 0,6) opferten die Grünen die Ziele des Gemeinschaftsantrags und gleichermaßen auch das Vertrauen der übrigen Fraktionen. Die jetzt von CSU, UBG und den Grünen zusammen angestrebten Planungsziele bergen sogar noch größere Risiken für das angrenzende Wohnquartier sowie die Infrastruktur am westlichen Ortsrand. „Maximale“ Verdichtung kombiniert mit einem reduzierten Stellplatzschlüssel von lediglich 0,6 lassen einen enormen Parkdruck in den Straßen des umliegenden Wohngebiets befürchten.

Die Ansiedlung des bis dato umstrittenen Vollsortimenters in Kombination mit weiteren Geschäften des alltäglichen Bedarfs gefährdet in Konkurrenzsituation nun gänzlich das beliebte Nahversorgungsangebot am Pippinplatz sowie darüber hinaus die Existenz des EDEKA Express am Gautinger Hauptplatz. Die weitere Konkretisierung der Planung soll nun - auf Wunsch der Grünen-Fraktion - im Rahmen einer Klausursitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen. Die schließt insbesondere auch die Anwohner des Wohnviertels – als Hauptbetroffene des Vorhabens – vom weiteren politischen Beratungsprozess aus. Die FDP-Fraktion beantragt daher, die weitere Beratung und den Beschluss über die neuen Zielvorstellungen nicht hinter ver-



Oktober 2020

schlossenen Türen, sondern in einem öffentlichen und transparenten Verfahren mit anschließendem Bürgerdialog zu vollziehen.

Herrsching

Viele Herrschinger sind sehr erleichtert über die positive Entscheidung des Kreistags, die Planungen für das Gymnasium trotz Kostensteigerung fortzusetzen. Auch im Gemeinderat herrschte Einvernehmen, dass man nun auch bei Ausstattungsmerkmalen der Turnhalle, für die die Gemeinde aufkommen soll, nicht allzu kleinlich sein darf. Somit wurde Induktionsspulen für Hörgeschädigte, einer digitalen Anzeigetafel und einer fest installierten Lautsprecheranlage zugestimmt. Des Weiteren wurde durch einen interfraktionellen Antrag von FDP, BGH, den Grünen und der SPD die Gemeinde aufgefordert bei der Versorgung der Gemeinschaftsunterkunft mit einem Breitbandanschluss endlich aktiv zu werden. 60 schulpflichtige Kinder waren dort coronabedingt vom Distanzunterricht weitestgehend ausgeschlossen, obwohl man die Situation seit 2015 kennt. Der Betreiber der Unterkünfte ist der Regierungsbezirk Oberbayern, der aber bisher auch mehrfach abgelehnt hatte, sich darum zu kümmern. Nun wird geprüft, ob man entweder über Bayern WLAN oder die gemeinnützige Initiative Refugees Online e.V. Abhilfe schaffen kann. Im Idealfall würde eine verkabelte Anbindung realisiert. Es ist ein positives Signal, dass scheinbar verfahrenere Themen aufgelöst werden können, wenn sich der neu zusammengesetzte Gemeinderat fraktionsübergreifend zusammentut. Wir werden dies noch bei anderen Themen anwenden.

Schwieriger gestaltet sich die Diskussion um eine Veränderung der Situation mit doppelten Straßennamen in Breitbrunn und Herrsching. Das Thema gerät immer mehr zur Posse. Selbst eine Fachaufsichtsbeschwerde konnte bisher keine akzeptable Lösung herbeiführen. Die Mehrheit im Gemeinderat möchte hier gegen den Willen der Anwohner nichts tun und die weiteren Schritte durch die Aufsicht abwarten. Die FDP hat sich hier für eine pragmatischere Lösung ausgesprochen.

Ansonsten bestimmt Corona wieder die Tagesordnung. Aufgrund steigender Infektionszahlen muss die geplante Bürgerversammlung verschoben werden. Auch die Klausurtagung der Gemeinderäte wird nicht, wie geplant, in einem 3-tägigen Format stattfinden, sondern verkürzt mit Haushaltsplanungen 2021 als einzigem Schwerpunkt. Eigentlich wollte man in einem Workshop gemeinsam eine umsetzbare Vision für die Zukunft des Ortes Herrsching entwickeln.



Inning

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Oktober-Sitzung des Gemeinderats gehörte die Feststellung der Jahresrechnung 2019. Das vergangene Haushaltsjahr war geprägt von überplanmäßigen Einnahmen. Die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt betragen rund 2,2 Mio. Euro. Davon entfielen rund 1,6 Mio. Euro auf Mehreinnahmen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer und auf Einsparungen. Im Vermögenshaushalt lag der Gesamtbetrag der Überschreitungen rund 4,3 Mio. Euro. Die Hauptursache war die erhöhte Zuführung in die Allgemeine Rücklage. Das Gesamtvermögen der Gemeinde stieg auf rund 60,9 Mio. Euro. Der Schuldenstand lag bei rund 320 Euro pro Einwohner. Die Freien Demokraten forderten für die Zukunft bessere Haushaltsansätze u.a. durch genaue Analyse der konjunkturabhängigen Haushaltüberschreitungen.

Im Rahmen der Digitalisierung des Straßenbestandsverzeichnisses (aktuell auf Karteikarten) wurde die Notwendigkeit zur Widmung von mehreren Wegen zu Ortsstraßen erkannt. Durch die Beschlüsse werden nun die neuen Ortstraßen dem Verkehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Dabei entstehen auch neue Parkmöglichkeiten und der Winterdienst wird geregelt. Im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung wurde der Ausbau des geographischen Informationssystems beschlossen, u.a. eine Baumkontroll-App und digitale Vermessungsgeräte. Für die Friedhöfe der Gemeinde wurde der Vertrag mit dem Bestattungsdienstleister beendet. Jeder Bürger kann (und muss) nun einen Bestatter frei wählen. Die Friedhofssatzung und die Gebühren wurden entsprechend angepasst. Auf Grund aktueller Vorkommisse bemängelten die Freien Demokraten u.a. fehlende Regelungen bei Mehrfachbelegungen im Leichenhaus. Zudem wurden eine bessere Information und Unterstützung der Bürger bei Bestattungen gefordert. Nach intensiver und kontroverser Diskussion entschied sich der Gemeinderat, an der Kampagne Fairtrade-Towns teilzunehmen. Die Freien Demokraten wie auch mehrere Gemeinderäte der CSU stimmten gegen den Antrag der Grünen. Den Freien Demokraten war es wichtig, dass sich die Gemeinde nicht zur Förderung einer einzigen Handelsorganisation - mit teils umstrittenem Handelsmodell - vertraglich verpflichtet und Verwaltungsressourcen bereitstellt. Sie forderten dazu auf, die Kräfte auf die Förderung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk aus der Region zu fokussieren, nicht zuletzt, um auch die Folgen der Pandemie abzumildern.

Krailling

Der Bibliothek Krailling wurde Ende September 2020 als erster Bibliothek in Bayern das Zertifikat für ihre Arbeit der letzten drei Jahre durch Prof. Cornelia Vonhof von der Hochschule für



Oktober 2020

Medien Stuttgart überreicht. Über eine mehrere Jahre andauernde Selbstbewertung wurden alle Prozesse und Strukturen der Bücherei bewertet und aus den Ergebnissen individuelle Verbesserungsmaßnahmen abgeleitet. Im Rahmen eines Audits stellte das Team vor Ort diese Selbstbewertung mit zugehörigen Belegen dann zwei externen Auditoren vor und ermöglichte somit eine Qualitätsprüfung, welche nach dem in Wirtschaft und Verwaltung bekannten Modellen EFQM und CAF durchgeführt wurde.

Der Gemeinderat hat auf Vorschlag von Bürgermeister Rudolph Haux der Anschaffung einer Analysesoftware (VIALYTICS) zugestimmt, welche mittels Smartphones und App beim Befahren einer Straße alle 4m ein Bild macht. Dabei wird nicht nur die Straßenoberflächen erfasst, sondern auch Gehwege und überhängende Sträucher. Im Programm selbst sind Schadensbilder am Asphalt hinterlegt (Dellen, Aufplatzungen, schiefe Nähte und dgl.), die dann mit den Bildergebnissen verglichen werden. Am Ende ergibt sich ein farbiges Bild mit Zustandsnoten, sodass auf einen Blick (im Büro) der Zustand einer Straße abgefragt werden kann. Wie das aussieht, wurde nun dem Ausschuss BAU-UMWELT-VERKEHR im Oktober 2020 vorgestellt. Auf Basis dieses Schadensbilds bzw. des Straßenzustands soll dann – unter Berücksichtigung weiterer Faktoren wie MVV-Busverkehr, starker Radverkehr, Wichtigkeit der Straße im Straßennetz – ein Sanierungsfahrplan erstellt werden. Der große Vorteil ist die Transparenz und der schnelle Vergleich aller Kraillinger Straßen.

Pöcking

Pöcking erhält als eine der ersten Gemeinden ein Konzept zum kommunalen Sturzflut-Risikomanagement. Eine Computersimulation der Gefahren wurde dem Gemeinderat nun vorgestellt. Für die FDP ist es wichtig, dass die Studie nicht in der Schublade landet, sondern auch bauliche Maßnahmen folgen, die einen besseren Schutz vor solchen Ereignissen bieten. Pöcking und seine Ortsteile erlitten in der Vergangenheit immer wieder lokale Überflutungen mit hohen Sachschäden.

Vor drei Jahren übertrug Pöcking das Forderungsmanagement einem Zweckverband, übergab diesem bisher jedoch keine Forderungen zur Beitreibung. Auf Anfrage des FDP-Gemeinderats und Finanzreferenten ergab sich, dass für einige Altforderungen zwischenzeitlich sogar Verjährung eintrat, weil diese nicht weiterverfolgt wurden. Aktuell arbeitet die Gemeindeverwaltung an der Aufarbeitung und Übergabe von Unterlagen an den Zweckverband. Die FDP forderte die Verwaltung auf, die Verjährung weiterer Forderungen durch kurzfristige Maßnahmen zu hemmen und beantragte, dass dem Gemeinderat über den Fortschritt Bericht erstattet wird.



Oktober 2020

Seefeld

In der Sitzung Anfang des Monats wurde dem Gemeinderat das Ergebnis des Fachbehördengesprächs zur Beurteilung von ausgewählten Grundstücksoptionen hinsichtlich ihrer Eignung als Gewerbestandorte vorgestellt. Die Bewertung der Fachleute war aus unserer Sicht übervorsichtig, so dass nur drei relativ kleine der acht untersuchten Grundstücke als grundsätzlich geeignet bezeichnet wurden. Das wird die für die finanzielle Sicherung der Gemeinde notwendige Gewerbeansiedlung nur zum Teil erfüllen.

Weitgehend entsprechend unserem zusammen mit dem Bürgerverein und der Freien Wählergemeinschaft eingereichten Antrag wird bei der Suche nach einem Standort für den wohl notwendigen Neubau einer Klinik für den westlichen Landkreis verfahren: wiederum wurden acht optionale Grundstücke identifiziert, die in einem Fachbehördengespräch noch im November bewertet werden sollen – das geschieht hoffentlich mehr an den Möglichkeiten als an den Bedenken orientiert. Ein oder zwei der am besten geeigneten Grundstücke sollen dann in einem Ratsbegehren den Bürgern Seefelds zur Entscheidung vorgelegt werden. Zur Erinnerung: nach der Übernahme der Seefelder Klinik durch das Starnberger Kreiskrankenhaus hat der Landkreis die Schindlbeck-Klinik in Herrsching gekauft. Beide Häuser sollen zusammengelegt werden und da die größere Klinik an keinem der beiden Standorte realisiert werden kann, ist ein weitgehend vom Freistaat finanzierter Neubau erforderlich.

Nach langen Diskussionen wurde in der Sitzung Ende des Monats der Bebauungsplan und der Bauantrag für die Erweiterung des Einkaufsmarkts in der Seefelder Ortsmitte verabschiedet. Wir sehen den Erhalt des ortsnahen Supermarkts als sehr wichtig an und begrüßen diese Entscheidung, auch wenn die Parkplatzsituation nur mit Kompromissen gestaltet werden kann.

Leider konnte sich der Gemeinderat entgegen unserer Auffassung nicht entschließen, den Weihnachtsmarkt mit Hygienekonzept und Besucherbegrenzung stattfinden zu lassen. Auch eine verkleinerte, wochenmarktähnliche Variante gegenüber dem Alten Rathaus fand keine Zustimmung. Viele können sich ein Leben mit dem Corona-Virus noch nicht vorstellen!

Die Wiederherstellung der Ulrich-Haid-Str. nach den Kanalarbeiten soll im Bereich der Schule und des neuen Seniorenstifts in Form einer verkehrsberuhigten Zone („Spielstraße“) geschehen.

Tutzing

Bei zwei unserer exponiert am See gelegenen Gaststätten ging es um die Schwierigkeiten und den Platzmangel für ausreichende Parkplätze. Beim Midgardhaus konnte hier über eine neue



Oktober 2020

Stellplatzordnung bereits abgestimmt werden. Durch die Umwidmung einiger zuvor zur Wirtschaft gehörenden Stellplätze in zukünftig öffentliche Stellplätze kann nun der Emissionsschutz eingehalten werden. Dadurch soll jetzt auch der Bau des geplanten Sallettles („Winter-Biergarten“) möglich werden. Für das Hotel am See und die dort ansässige griechische Gaststätte muss erst eine Stellplatzordnung erarbeitet werden. Bei der Prüfung der Baugenehmigung der hölzernen Seeterrasse fiel dem Landratsamt auf, dass eigentlich für Hotel und Gaststätte gut über 40 Parkplätze fehlen - diese sind dort räumlich nicht unterzubekommen!

Länger wurde über den Punkt der Leitziele für Tutzing 2030 und das ISEK Verfahren diskutiert. Die FDP sieht es hier als zunächst geboten an, die Richtung festzulegen, in die das ISEK Verfahren führen soll. Bei einem zurückliegenden Bemühen wurde kurz vor dem Antrag festgestellt, dass es für Tutzing eine „Themaverfehlung“ war, auf die Förderung für den Denkmalschutz abzielen. Beschlossen wurde dann gemeinsam, einen Mediator zu bestellen, der die große Richtung ausloten und anschließend das weitere Verfahren einleitet und begleitet - soweit in Corona-Zeiten eine vernünftige Bürgerbeteiligung ausreichend möglich ist. Diese ist fester und entscheidender Bestandteil des ISEK Verfahrens.

Abschließend wurde die Ausschreibung eines neuen Feuerwehr Rüstwagens beschlossen. Dieser ist, nach den 28 Dienstjahren, nach dem zuletzt vorgestellten Feuerwehrbedarfsplan zu ersetzen. Da dieser Rüstwagen den Einsatzbereich auch weiterer umliegender Feuerwehren mit abdeckt, gibt es für dieses Fahrzeug auch höhere Zuschüsse vom Bund. Die erwarteten Kosten sind in den kommenden Haushalten vorgesehen.